

## Deutschland.

**Berlin, 25. Februar.** Zum zweiten Male ist nun die Aufmerksamkeit aller Bürger deutscher Staaten auf eine Versammlung gerichtet, deren Mitglieder vom Volke berufen sind, in Gemeinschaft mit den nach christlicher Staatsordnung berufenen Vertretern der Regierungen den Grund zu einem neuen großen Nationalitäts- und Gemeinwesen zu legen. Das klägliche Mißlingen des ersten Versuchs im Jahre 1849, der deutschen Nation eine geregelte Staatsform und mit ihr eine Garantie nationaler Wohlfahrt zu geben, legt es nahe genug, beim Beginne des zweiten Bauwerkes einen prüfenden Blick auf das früher gescheiterte Unternehmen dieser Art zu werfen, um durch Vergleichung die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse einen günstigen Erfolg versprechen. Die Rede, mit welcher König Wilhelm die Mitglieder des Reichstages willkommen hieß und sie in ihren hohen Beruf einführte, fast sowohl in Inhalt als Form Alles zusammen, was zur Befestigung des Vertrauens dienen konnte und den ängstlichen Rückblick auf die entmutigenden Erfahrungen des Jahres 1849 in einen freundlichen, erheiterten Ausblick auf die günstige Wahrscheinlichkeit der heutigen Nationalitätsschöpfung zu wenden. Zur glücklichen Vollendung jener Arbeit gehört vor allen Dingen eine Arbeitskraft, eine Macht, welche der Schwierigkeit des Unternehmens gewachsen sein muß. Daß diese der Aufgabe entsprechende Macht 1849 fehlte, heute aber in einem so weiten Umfange vorhanden ist, wie noch vor wenigen Monaten Niemand zu hoffen wagte, ist unzweifelhaft als die wichtigste Garantie des Gelingens zu betrachten. Fehlt es doch nicht an Befürchtungen, daß das Machtelement in zu großer Fülle vorhanden sei, und an Bestrebungen, die Ohnmacht an seine Stelle zu setzen. Der maßlosen Selbstüberhebung der Baumeister des Jahres 1849 gegenüber begegnen wir in der Rundgebung des königlichen Herrn zur Einleitung in die neue Aufgabe dem sorgfamen Bemühen, alles persönliche und selbst spezifisch preussische Verdienst um das schon gewonnene in gewinnender Anspruchlosigkeit vollkommen zurücktreten zu lassen vor dem höheren gemeinsamen Interesse. In kurzer und zu gleicher Weise ist von dem königlichen Redner Alles vermieden, was durch Erinnerungen an die vergangenen Ereignisse den Bundesgenossen ein beschämendes Gefühl hätte verursachen und einen Miston in die jetzige Stimmung hätte bringen können. Was in dieser und in ähnlicher Beziehung die Thronrede mit Stillschweigen übergeht, die Selbstüberwindung, welche in dieser rückwärtsvollen Zurücksetzung der eigenen Opfer liegt, verdient gewiß als ein Beweis für die volle Hingebung an die Sache gleiche Anerkennung, wie die einfache und klare Hinführung der Versammelten auf die ihnen zunächst obliegenden Aufgaben und die erschöpfende, nach preussischem Wesen knappe Charakteristik der ganzen politischen Situation. Dem Auslande wie den Südstaaten gegenüber sind die wichtigsten Punkte berührt worden, wie es zum klaren Verständnis nötig war und diplomatische Rücksicht sowohl als die Gerechtigkeit erforderte, aber kein Wort darüber, keine Phrase, kein leeres Versprechen, keine Beschönigung etwaiger Mängel ist darin zu finden. Wenn die Thronrede hier auch in der Regierung nicht nahestehenden Kreisen aufrichtigen Beifall gefunden hat, so darf man wohl hoffen und wünschen, daß der Geist der Klarheit und anspruchslosen Hingebung an die Sache wie der hochherzigen Vaterlandsliebe, welcher der Rede allgemeinen Beifall erworben hat, auch als nachahmenswerthes Muster für den Geist der Reichstags-Verhandlungen aufgenommen werden möge.

**Berlin, 26. Februar.** Se. Maj. der König begibt sich, wie man erfährt, Mitte Juni auf mehrere Wochen nach Wiesbaden, und wird in der Nähe des Kurhauses Wohnung nehmen. — Bei der am Sonntag im hiesigen Schlosse stattgefundenen feierlichen Eröffnung des norddeutschen Reichstages erschien auf der Zuschauerbühne auch ein Veteran aus den Freiheitskriegen, der Kanzleirath a. D. Nieß, Köthenerstraße 17. Noch vor der Eröffnung fiel derselbe zu Boden und wurde, ohne daß auf der Tribüne oder im Saale der Vorgang Aufsehen erregte, in ein Zimmer des Schlosses auf ein Sopha gelegt. — Der Leibarzt Dr. v. Lauer, der sich im Schlosse befand, war sofort zur Stelle, fand jedoch schon eine Leiche vor. Alle Wiederbelebungversuche, die unter Assistenz eines Chirurgen angestellt wurden, blieben ohne Erfolg. Der Kanzleirath Nieß war am Herzschlage gestorben. Die Familie erhielt von seinem plötzlichen Ableben durch einen Hofmarschallsohn in schonendster Weise Nachricht und brachte der älteste Sohn die Leiche des Vaters aus dem Schlosse in die Wohnung. — Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht nachträglich die Ansprache, mit welcher der Graf Bismarck am 15. Dezember v. J. die Beratungen der Bevollmächtigten der Regierungen des norddeutschen Bundes eröffnet hat. Derselbe lautet: „Der frühere deutsche Bund erfüllte in zwei Beziehungen die Zwecke nicht, für welche er geschlossen war; er gewährte seinen Mitgliedern die versprochene Sicherheit nicht und er befreite die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt des deutschen Volkes nicht von den Fesseln, welche die historische Gestaltung der inneren Grenzen Deutschlands ihr anlegten. Soll die neue Verfassung diese Mängel und die Gefahren, welche sie mit sich bringen, vermeiden, so ist es nötig, die verbündeten Staaten durch Herstellung einer einheitlichen Leitung ihres Kriegswesens und ihrer auswärtigen Politik fester zusammen zu schließen und gemeinsame Organe der Gesetzgebung auf dem Gebiete der gemeinsamen Interessen der Nation zu schaffen. Diesem allseitig empfundenen und durch die Verträge vom 18. und 21. August befundenen Bedürfnisse hat die königliche Regierung in dem vorliegenden Entwurfe abzuhelfen versucht. Daß derselbe in einzelnen Regierungen wesentliche Beschränkungen ihrer partikularen Unabhängigkeit zum Nutzen der Gesamtheit zumutet, ist selbstverständlich und bereits in den allgemeinen Grundzügen dieses

Jahres vorgesehen. Die unbeschränkte Selbstständigkeit, zu welcher im Laufe der Geschichte Deutschlands die einzelnen Stämme und dynastischen Gebiete ihre Sonderstellung entwickelt haben, bildet den wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurtheilt war, weil ihr wirksame Organe zur Herstellung einheitlicher Entschlüsse fehlten, und die gegenseitige Abgeschlossenheit, in welcher jeder der Bruchtheile des gemeinsamen Vaterlandes ausschließlich seine lokalen Bedürfnisse ohne Rücksicht für die des Nachbarn im Auge behält, bildete ein wirksames Hinderniß der Pflege derjenigen Interessen, welche nur in größeren nationalen Kreisen ihre legislative Förderung finden können. Selbst die segensreiche Institution des Zollvereins hat diesem Uebelstande nicht abzuhelfen vermocht, weil einmal ihre Wirksamkeit auf die Zollgesetzgebung beschränkt war und auch die Fortentwicklung dieser kaum anders als in Krisen der Existenz, welche sich von 12 zu 12 Jahren vollzogen, bewirkt werden konnte. Die königliche Regierung hat sich bei dem vorliegenden Entwurfe der Bundesverfassung auf die Berücksichtigung der allseitig erkannten Bedürfnisse beschränkt, ohne über dieselben hinaus die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Regierungen eingreifen zu lassen. Nichtsdestoweniger verkennt die königliche Regierung nicht, daß die Durchführung der wesentlichen Veränderungen gewohnter Zustände, welche von den beabsichtigten Reformen unzertrennlich sind, für die einzelnen Regierungen eine schwierige Aufgabe bilden, und daß die Opfer, welche mit der Herstellung gleicher Pflichten und Rechte aller Theile der Bevölkerung des gemeinsamen Vaterlandes verbunden sind, überall da schwer werden empfunden werden, wo die bisherige Ungleichheit der Leistungen lokale Privilegien zum Nachtheile der Gesamtheit mit sich brachte. Die königliche Regierung zweifelt aber nicht, daß der einmüthige Wille der verbündeten Fürsten und freien Städte, getragen von dem Verlangen des deutschen Volkes, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen durch gemeinsame Institutionen dauernd verbürgt zu sehen, alle entgegenstehenden Hindernisse überwinden werde.

**Berlin, 25. Februar.** Nach amtlicher Mittheilung der ständigen Bürgerrepräsentation giebt das „Fr. Z.“ den Wortlaut der an Se. Maj. den König von der Repräsentation Frankfurts a. M. gerichteten Immediat-Eingabe, welche (wie bekannt) am 19. Februar von den zu diesem Zwecke nach Berlin gesendeten Deputirten überreicht worden, so wie den Bericht dieser Deputirten über den von Sr. Majestät gewährten Empfang. Die Immediat-Eingabe lautet in der Bitte aus: „Ew. königliche Majestät wolle Allergnädigst anzu röhnen geruhen, daß die bei der hiesigen Bank zum Zwecke der Zahlung eines einjährigen Soldes der Mainarmee aufgenommene Anleihe von 5,747,008 fl. 45 Kr. nicht als Schuld der Stadtgemeinde, sondern des ehemaligen Staates Frankfurt zu behandeln und demgemäß von der königl. Staatskasse zu übernehmen sei.“ — Der Bericht über den Empfang aber, an den Senior der Bürgerrepräsentation gerichtet, lautet wörtlich folgendermaßen: Hochgehrter Herr Senior! Heute früh 10 Uhr hat Se. Majestät der König die Gnade gehabt, die Unterzeichneten als die von der ständigen Bürgerrepräsentation erwählte Deputation zu empfangen und die von uns dargebrachte Petition entgegen zu nehmen. Se. Majestät hat sich sehr gnädig und wohlwollend für unsere Vaterstadt ausgesprochen und uns beauftragt, die durch uns vertretene Bürgerschaft Frankfurts Seiner landesväterlichen Huld und Seiner thätigen Fürsorge für das fernere Gedeihen der Stadt zu versichern. In Betreff der von uns erbetenen Uebernahme der Kontribution auf den Staat hat Se. Maj. im Wesentlichen das Folgende geäußert, und zwar unmittelbar nach Verlesung der Immediat-Eingabe: „Sie haben gut daran gethan, die Rechtsgründe bei Seite zu lassen. Da Sie ihrer aber doch erwähnt haben, so darf ich an das Kriegsgesetz erinnern, durch welches die Ihrer Stadt auferlegte Kontribution vollkommen gerechtfertigt wird. Ich werde veranlassen, daß die leider zu lange verzögerte Auseinandersetzung mit der Stadt Frankfurt nach Möglichkeit beschleunigt werde, und werde, Meiner königlichen Pflicht gemäß, für die gründlichste Untersuchung Sorge tragen. Wenn sich nach beendigter Prüfung herausstellen würde, daß die Stadt durch den auf sie fallenden Theil der Schulden allzuschwer belastet werden sollte, so werde ich zu deren Erleichterung Verfügung treffen.“ Wir können beifügen, daß wir von den Herren Ministern und namentlich auch von dem Herrn Ministerpräsidenten sehr freundlich und wohlwollend aufgenommen worden sind, und daß allseits ein lebhaftes Interesse für die Wohlfahrt unserer Stadt zu Tage getreten ist. Es besteht die begründetste Hoffnung, daß nunmehr unsere Stadt einer besseren Zukunft entgegen geht. Ausführlischer Bericht behalten wir uns bis zu unserer Rückkehr vor. Wir beabsichtigen unsere hiesige Anwesenheit noch um einige Tage zu verlängern, die wir im Interesse der Stadt gut anwenden zu können überzeugt sind. In vollkommenster Hochachtung Ew. Hochwohlgeborenen ergebenste ges. Dr. Juch. Dr. Schlemmer. Alexander Scharff. Philipp Schmidt-Pöler. Julius Chun. Berlin, den 19. Februar 1867.

Von der äußeren Erscheinung des Sitzungssaales des Reichstages während der ersten Sitzung erhält die „Sp. Z.“ durch ihre Parlaments-Korrespondenz das folgende anschauliche und lebensvolle Bild.

Auf dem Präsidentenstuhl befindet sich Graf v. Frankenberg-Ludwigsdorf, die vier Sitze zu seiner Seite sind bis zur Wahl der provisorischen Schriftführer unbesetzt. Unter dem Präsidentenstuhl befindet sich ein Tisch für die Beamten des Büreaus, deren Chef, Geh. Regierungsrath Mepel, in unmittelbarem und stetigem Verkehr mit dem Vorsitzenden ist. Weiter vor ihm steht der Tisch der Stenographen. Zwischen beiden bleibt ein schmaler Raum übrig, auf dem allenfalls eine Tribüne oder ein Pult stehen könnte. —

Rechts von der Estrade des Präsidenten befindet sich der Tisch für die preussischen, links der für die Kommissäre der verbündeten Staaten. An dem ersten sitzen Anfangs die preussischen Minister v. d. Heydt, Graf Ippenplig und der Geh. Rath v. Savigny, denen sich später Graf Bismarck, Graf zu Eulenburg und der Kriegsminister v. Roon zugesellen. Der zweite Tisch wird von den Vertretern der verbündeten Staaten vollständig eingenommen. Der übrige Raum des Hauses ist so vollständig mit Sitzen ausgefüllt, daß nur drei schmale Durchgänge zur Eingangstür übrig bleiben. Durch diese drei Durchgänge wird der Raum in vier Felder eingetheilt, von denen die beiden seitlichen schmal, die beiden mittleren breit sind. Der linke seitliche Ausschnitt, der unmittelbar an die Wand grenzt, wird von der Linken und den Polen eingenommen. Die Journalistentribüne hat diese Gruppe gerade unter sich und nur die in der ersten Reihe sitzenden Referenten können die Mitglieder derselben sehen, wenn sie sich über die Brustung biegen. Die übrigen Felder liegen bequem vor ihnen und auch die Aufmerksamkeit ist für die Berichterstattung günstig, günstiger als für das Haus selbst, da die hinteren Reihen die Redner der vorderen nur schwer verstehen können, wenn die letzteren, gegen den Präsidentenstuhl gerichtet, sprechen. Auf dem ersten großen Mittelfelde, das an die Linke stößt, sitzen die Altliberalen, hinter ihnen die Mitglieder der nationalen Partei, der Abgeordnete v. Nothschmid in derselben Bank mit dem Abg. v. Hennig. Die letzten Bänke sind von den sächsischen Abgeordneten eingenommen. In dem zweiten großen Mittelfelde herrscht die konservative Partei vollständig. Die Generale v. Molke und Bogel v. Falkenstein sitzen hier nebeneinander auf der ersten Bank, unmittelbar vor dem Präsidenten; den Eckstein der vierten nimmt Prinz Friedrich Karl ein, auf der sechsten sitzt der General v. Steinmeß. Die genannten sind mit dem Kriegsminister fast die einzigen, die in der Versammlung in Uniform erscheinen, der Prinz in blauer Husaren-Uniform. Im Uebrigen hat die Versammlung ihr glänzendes Gewand von gestern durchaus abgelegt und erscheint in schlichtem bürgerlichem Kleide. Wir tragen an dieser Stelle nach, daß der Prinz sich bei der gestrigen Eröffnungsfest im Weißen Saale nicht rechts vom Throne aufstellte, sondern sich den Abgeordneten anschloß; man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß er in die Verhandlungen des Reichstages mit lebhafter Theilnahme einzugreifen beabsichtigt.

Auf den letzten Bänken dieser Abtheilung sitzen die ehemaligen hannoverschen Minister v. Windthorst und v. Erleben. In dem letzten Seitenselde sitzt Graf Bethusy-Huc mit der freien konservativen Vereinigung, die etwa 25 Mitglieder zählt. Doch darf diese Scheidung, wie alle früher erwähnten, nicht gar zu genau genommen werden. Der knapp zugemessene Raum des Herrenhauses, der 80 neue Sitze hat hergeben müssen, ließ eine deutliche Trennung der Fraktionen, an die wir aus dem Abgeordnetenhaus gewöhnt sind, nicht zu: sie schoben sich schichtweise ineinander und nur den Laubmannschaften wurde es leichter, geschlossene Sitzreihen einzunehmen. Die innere Einrichtung des Hauses ist neu und nicht ohne Eleganz. Man hat Tag und Nacht seit dem Schluß der Landtagessession an ihrer Herstellung gearbeitet. Die Mittel dazu wurden dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten von dem Finanzminister bereit gestellt, da der preussische Staatshaushalt für 1867 in dem Extraordinarium des Etats für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten keine Posten für diesen Zweck enthält. Der Reichstag ressortirt mit allen seinen Angelegenheiten, auch mit seinem äußeren Bedarf, von dem auswärtigen Amt, und dieses Verhältnis würde sich erst ändern, wenn später nach Feststellung der Verfassung ein Bundes-Ministerium eingerichtet werden sollte, das für gewisse Fragen eine Mittelstellung zwischen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem des Innern einnehmen würde. Die Neuheit der Verhältnisse wird nicht bloß auf der Journalistentribüne empfunden, deren älteste Besucher seit 1848 unbekannte Gesichter auf den Bänken des Bundesrathes und des Hauses sehen. Auch die Mitglieder kennen sich einander zum großen Theile selbst nicht; sie rufen, wenn ein neuer Unbekannter das Wort verlangt und in der Ueberzeugung, daß man ihn kennen müsse, darauf los spricht! unerbittlich zu: „Namen! Namen!“, bis der Sprecher sich nennt. Graf Bismarck, der erst nach Eröffnung der Sitzung mit Max Duncker gleichzeitig in den Saal trat, Anfangs als Abgeordneter auf der ersten Reihe des ersten Seitenseldes, später am Ministerische Platz und an der Diskussion Theil nahm, kannte ebenfalls manche Redner nicht, fixirte sie scharf und erkundigte sich nach ihren Namen. Wie es schien, erging es ihm so auch mit dem Abg. Wiggers (Berlin), dem er replizierte. Als Lasker sich zum Worte meldete, entstand eine Bewegung im Hause durch alle, die ihn noch nicht kannten. Man darf behaupten, daß die eine Hälfte des Hauses heute noch nicht die andere kannte, und daß auch der rüstigste und erfahrene Präsident kaum im Stande sein würde, dieses Mißstandes der ersten Tage, der Unbekanntschaft der Versammlung mit sich selbst, durchaus Herr zu werden.

Vor Kurzem war wieder eine Deputation von dänisch Gesinnten aus Nordschleswig in Berlin, an deren Spitze Herr Nielsen Weibek, Vormann des Flensburger landwirtschaftlichen Vereins, stand. Wie den „Hamb. Nachr.“ aus Flensburg berichtet wird, ist derselben die beim Grafen Bismarck nachgesuchte Audienz von ihm wegen Unwohlseins nicht bewilligt worden, worauf die Deputation sich an das kgl. Hofmarschallamt gewendet hat, welches nach Abweisung einer Audienz beim Könige die schriftliche Eingabe, betreffend die baldige Ausführung der im Prager Frieden stipulirten Abstimmung in Nordschleswig und die Sistirung des Huldigungseides der Beamten bis zu diesem Zeitpunkt, empfangen und an Se. Majestät übergeben hat. Hierauf ist den Bittstellern schriftlich erwidert worden, daß Se. Majestät keine sofortige bestimmte Er-

